
Juridicum – Schriftenreihe zum Wirtschafts-, Unternehmens- und Bankrecht / Series on Business, Corporate and Banking Law

Reihe herausgegeben von

Florian Möslein, Vienna, Österreich

Sebastian Omlor, Marburg, Deutschland

Mirjam Eggen, Bern, Schweiz

Francesco Paolo Patti, Milano, Italy

Die Schriftenreihe zum **Wirtschafts-, Unternehmens- und Bankrecht / Series on Business, Corporate and Banking Law** bietet ein Forum für aktuelle und herausragende wissenschaftliche Beiträge aus den genannten Rechtsgebieten. Veröffentlicht werden vor allem Dissertationsschriften, daneben auch ausgewählte Sammelbände zu aktuellen und rechtswissenschaftlich interessanten Fragestellungen. Der Fokus liegt vor allem auf dem deutschen und deutschsprachigen Recht, typischerweise jedoch mit europäischen und internationalen Bezügen. Die Reihe zeichnet sich auch ansonsten durch ihre internationale Ausrichtung aus: Publikationen sind sowohl in deutscher als auch in englischer Sprache möglich. Herausgegeben wird sie von renommierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Deutschland, der Schweiz und Italien, die damit einen grenzüberschreitenden wissenschaftlichen Dialog im Wirtschafts-, Unternehmens- und Bankrecht fördern möchten.

Alexander Krieg

Gläubigerschutz und Rechtswahl

 Springer

Alexander Krieg
Frankfurt am Main, Deutschland

Das Werk wurde als Dissertation vom Fachbereich Rechtswissenschaften der Philipps-Universität Marburg am 6. August 2025 angenommen.

ISSN 3091-5384 ISSN 3091-5392 (electronic)
Juridicum – Schriftenreihe zum Wirtschafts-, Unternehmens- und Bankrecht / Series
on Business, Corporate and Banking Law
ISBN 978-3-658-53169-0 ISBN 978-3-658-53170-6 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-53170-6>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://portal.dnb.de> abrufbar.

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert an Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2026

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jede Person benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des/der jeweiligen Zeicheninhaber*in sind zu beachten. Der Verlag, die Autor*innen und die Herausgeber*innen gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autor*innen oder die Herausgeber*innen übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Wenn Sie dieses Produkt entsorgen, geben Sie das Papier bitte zum Recycling.

Für Lisa, Paula und Romy

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2025 von dem Fachbereich Rechtswissenschaften der Philipps-Universität Marburg als Dissertation angenommen.

Mein Dank gilt zunächst *Professor Dr. Florian Möslin, LL.M.* für die Betreuung meines Promotionsvorhabens, wertvolle Denkanstöße und Feedback zu dieser Arbeit, sowie *Professor Dr. Johannes Wertenbruch* für die Erstellung des Zweitgutachtens.

Professor Dr. Florian Möslin, LL.M. sowie *Professor Dr. Sebastian Omlor, LL.M., LL.M. Eur., Professor Dr. Mirjam Eggen, LL.M.* und *Professor Dr. Francesco Paolo Patti, LL.M.* danke ich zudem für die Aufnahme dieser Arbeit in die Schriftenreihe zum Wirtschafts-, Unternehmens- und Bankrecht.

Bei meinen Eltern *Helmut und Ulrike Krieg* bedanke ich mich für die immerwährende Unterstützung, die mein Studium der Rechtswissenschaften und das Verfassen dieser Arbeit ermöglicht hat.

Mein ganz besonderer Dank gilt *Lisa Gertz*, die das gesamte Promotionsverfahren mit unerschütterlicher Geduld begleitet und durch Korrekturlesen verschiedener Entwurfsfassungen einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen dieser Arbeit geleistet hat.

Frankfurt am Main, im Juli 2026

Alexander Krieg

Inhalt

KAPITEL 1 EINLEITUNG UND BEGRIFFSBESTIMMUNG	1
A. Einleitung	1
B. Gang der Untersuchung	4
C. Begriffsbestimmungen	5
I. Umwandlung und Formwechsel	5
II. Unternehmen und Rechtsträger	6
III. Rechtswahl und Rechtsformwahl	6
IV. Sitzverlegung und Formwechsel	7
KAPITEL 2 GLÄUBIGERINTERESSEN UND RECHTSWAHL	8
A. Der Formwechsel im System der Strukturmaßnahmen	8
I. Abgrenzung der Strukturmaßnahmen	9
1. Maßgebliche Merkmale der Strukturmaßnahmen	9
a) Verschmelzung, Spaltung und Vermögensübertragung ..	9
b) Formwechsel	11
2. Praktischer Anwendungsbereich der Strukturmaßnahmen	13
II. Fazit.....	15
B. Rechtswahl im Binnenmarkt	16
I. Legislatorische Harmonisierungsbestrebungen	17
1. Bisherige Entwicklung	17
2. Das Company Law Package 2018	18
a) Entwicklung im Normgebungsverfahren	19
b) Mindestharmonisierung	20

3. Das Gesetz zur Umsetzung der Umwandlungsrichtlinie	22
II. Prägung des grenzüberschreitenden Formwechsels durch den EuGH	23
1. Grundlagen der Mobilität – Centros, Überseering und Inspire Art.....	24
2. Grenzüberschreitender Formwechsel – Cartesio und VALE....	26
3. Klarstellung durch Polbud	28
a) Entscheidungsinhalt	30
b) Bewertung	31
c) Fazit	34
III. Durchführung eines grenzüberschreitenden Formwechsels vor Inkrafttreten des UmRUG	34
IV. Zwischenfazit zur Rechtswahl im Binnenmarkt	37
C. Die Beeinträchtigung von Gläubigerinteressen	39
I. Ausgangs- und Zielrechtsform des Formwechsels	40
II. Kapitalaufbringung und Kapitalschutz	41
1. Änderung des Nennwertes von Grund- oder Stammkapitals.	42
2. Substitution von Grund- oder Stammkapital	43
3. Kapitalaufbringung und Haftung	45
4. Lockerung der Kapitalbindung.....	46
a) Kapitalerhaltung.....	46
b) Erwerb eigener Anteile, Rücklagenbildung und Barabfindung.....	48
5. Wegfall der Kapitalbindung.....	49

6. Zwischenfazit zum Kapitalschutz.....	51
III. Wegfall persönlicher Haftung	52
1. Persönlich haftende Gesellschafter	52
2. Sonderfall der Durchgriffshaftung	54
IV. Zwischenfazit zur Beeinträchtigung von Gläubigerinteressen..	55
V. Spezifische Risiken des grenzüberschreitenden Formwechsels	56
1. Beeinträchtigung der insolvenzrechtlichen Stellung der Gläubiger	56
a) Mittelpunkt des Interesses als Anknüpfungspunkt	57
b) Gläubigerbeeinträchtigung durch Vermutungsregelung	58
c) Fazit zur insolvenzrechtlichen Stellung der Gläubiger	59
2. Beeinträchtigung von Forderungsdurchsetzung und Vollstreckung.....	60
a) Internationaler Gerichtsstand.....	61
aa) Verlust des inländischen Gerichtsstandes.....	63
bb) Formwechselspezifisches Risiko.....	64
b) Gerichtsstandsvereinbarung	65
c) Vollstreckung	67
3. Zwischenfazit zum grenzüberschreitenden Formwechsel	69
VI. Ergebnis zur Beeinträchtigung von Gläubigerinteressen	70
KAPITEL 3 GLÄUBIGERSCHUTZ UND RECHTSWAHL.....	72
A. Rechtsformzwänge außerhalb des UmwG	73

I. Auswirkungen auf den Formwechsel.....	73
II. Bewertung	75
B. Untersagung des Formwechsels	76
I. § 191 Abs. 3 UmwG – partielles Verbot für aufgelöste	
Rechtsträger	76
1. Fortsetzung der Aktiengesellschaft.....	77
2. Fortsetzung bei der GmbH.....	78
a) Streitstand	78
b) Stellungnahme.....	79
3. Ausnahme für den Formwechsel in eine Personengesellschaft?	
.....	81
4. Fortsetzung bei Personengesellschaften.....	82
5. Zwischenfazit	83
6. Fortsetzung in der Insolvenz.....	84
II. Formwechselverbote nach der GesR-ERL	86
1. Beschränkter Anwendungsbereich gemäß Art. 86a GesR-ERL	
.....	86
2. Verbot für Gesellschaften in Liquidation und wirtschaftlichen	
Schwierigkeiten nach der GesR-ERL	87
a) Art. 86c im Kommissionsvorschlag	87
b) Art. 86a Abs. 3 und 4 in der finalen Fassung der GesR-ERL	
.....	90
III. Umsetzung durch das UmRUG.....	91
1. Verweis auf § 191 Abs. 3 UmwG	91

2. Versicherung der Mitglieder des Vertretungsorgans § 342 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 UmwG.....	92
IV. Bewertung und Fazit.....	96
C. Anwendung von Gründungsvorschriften und Kapitaldeckung.....	97
I. Behandlung des statutarischen Kapitals im Rahmen des Formwechsels.....	98
1. Kapitalfortschreibung	99
2. Reinvermögensdeckung.....	100
II. Kapitalaufbringung anlässlich des Formwechsels.....	101
III. Bewertung	105
IV. Anwendung der Gründungsvorschriften bei grenzüberschreitendem Hereinformwechsel	105
V. Fazit	108
D. Schutz durch Information.....	109
I. Informationsasymmetrien beim Formwechselvorgang	111
II. Informationspflichten beim nationalen Formwechsel nach dem UmwG	112
1. Mangel an gläubigerspezifischen Informationspflichten	112
2. Hinweispflicht nach §§ 204, 22 Abs. 1 S. 3 UmwG	113
3. Einsichtnahme in das Handelsregister nach § 9 HGB	113
a) Formwechselbericht § 192 Abs. 1 UmwG.....	114
b) Formwechselbeschluss §§ 193, 194 UmwG	115
c) (Sach-)Gründungsbericht § 5 Abs. 4 GmbHG, § 32 AktG	116

4. Zwischenfazit	117
III. Informationspflichten bei der grenzüberschreitenden	
Verschmelzung nach §§ 122a ff. UmwG a.F.	118
1. Bekanntgabe des Verschmelzungsplans § 122d UmwG a. F.	118
2. Verschmelzungsbericht § 122e UmwG a.F.	119
a) Weitergehende Informationspflichten?	120
b) Informationsgefälle zwischen Gläubigergruppen	122
IV. Zwischenfazit zum UmwG vor dem UmRUG.....	123
V. Informationspflichten nach der SE-VO.....	124
1. Angaben zur Besicherung der Gläubiger Art. 8 Abs. 2 S. 2 e) SE-VO	124
2. Sitzverlegungsbericht Art. 8 Abs. 3 SE-VO	125
VI. Verankerung des Informationsmodells in GesR-ERL und UmRUG	126
1. Inhalt des Formwechselplans § 335 UmwG, Art. 86d GesR-ERL	126
a) Mindestinhalt des Formwechselplans	126
b) Handlungsempfehlung für die Praxis	127
2. Berichtspflichten nach §§ 337, 338 UmwG, Art. 86e und 86f GesR-ERL.....	130
a) Prüfungsbericht des sachverständigen Prüfers	130
b) Formwechselbericht	131

3. Hinweis auf Bemerkungen zum Formwechselplan §§ 336, 308 UmwG, Art. 86g Abs. 1 b) GesR-ERL	132
4. Solvenzerklärung Art. 86j Abs. 2 GesR-ERL als Informationsquelle?	133
VII. Konsequenzen für die Ausgestaltung de lege ferenda – Offenlegungspflichten als isoliertes Gläubigerschutzzinstrument?	
	137
1. Isolierte Schutzfunktion von Offenlegungspflichten	137
2. Umsetzungsempfehlung de lege ferenda	140
VIII. Bewertung und Fazit – Das Informationsmodell in GesR-ERL und UmrUG	
	141
E. Anspruch auf Sicherheitsleistung	142
I. Anspruch auf Sicherheitsleistung gemäß §§ 204, 22 UmwG	
	143
1. Anspruchsberechtigung und Ausschluss	144
2. Glaubhaftmachung einer konkreten Gefährdung	147
3. Kritik	148
4. Bisherige Lösungsansätze	150
a) Keine Anpassung der gesetzlichen Regelung	150
b) Abstrakte Gefahr ausreichend für die Glaubhaftmachung	151
c) Teleologische Reduktion des Verweises in § 204 UmwG	152
d) Beweislastumkehr und Analogie zu § 225 Abs. 2 AktG ..	154
e) Zwischenfazit	157
5. Ausweitung von Informationspflichten als tauglicher	

Lösungsansatz.....	159
a) Konzept.....	159
b) Offenzulegende Informationen.....	161
c) Sonderfall Formwechsel in die Personengesellschaft....	164
d) Umsetzung de lege lata möglich?.....	165
aa) Mögliche Verortung der Informationspflicht.....	165
bb) Keine zulässige Rechtsfortbildung	166
6. Zwischenfazit	167
II. Sicherheitsleistung nach Art. 86j GesR-ERL und § 341 UmwG..	168
1. Anspruchsvoraussetzungen nach §§ 341, 314 UmwG.....	169
2. Vorverlagerung des Gläubigerschutzes	172
a) Registersperre sekundärrechtlich zwingend?.....	172
b) Registersperre erforderlich?	173
c) Das Problem räuberischer Gläubiger	176
3. Ausblick.....	178
III. Zwischenfazit.....	179
IV. Vergleichende Untersuchung des Kommissionsvorschlags...	181
1. Vor- und Nachteile von Kommissionsvorschlag und dänischem Modell.....	183
2. Reibungspunkte mit dem UmwG	185
V. Konsequenzen für die Ausgestaltung de lege ferenda	186
1. Abstrakte oder konkrete Ausgestaltung	187
2. Verteilung der Beweislast	188
3. Handlungsempfehlung de lege ferenda	190

VI. Beurteilung und Fazit zum Anspruch auf Sicherheitsleistung..	192
F. Solvenzerklärung Art. 86J Abs. 2 GesR-ERL.....	193
I. Die Solvenzerklärung nach englischem Recht	194
II. Solvenzerklärung als Instrument des Kapitalschutzes	195
III. Übertragung auf den Formwechsel	197
1. Frage nach unbilligem Mehraufwand.....	199
2. Nebeneinander von Solvenzerklärung und Sicherheitsleistung	200
3. Zumutbarkeit für die Vertretungsorgane der Gesellschaft....	201
IV. Fazit	203
G. Haftung und Strafbarkeit der Organe	204
I. Persönliche Haftung nach § 205 UmwG	204
1. Persönliche Haftung bei nationalem Formwechsel.....	205
2. Persönliche Haftung bei grenzüberschreitendem Formwechsel	206
II. Strafbarkeit unrichtiger Darstellungen § 346 Abs. 1 Nr. 1 UmwG 	208
III. Strafbarkeit falscher Angaben § 348 UmwG	209
IV. Fazit	211
H. Allgemeine Missbrauchskontrolle	211
I. Missbrauchskontrolle beim nationalen Formwechsel	212
II. Missbrauchskontrolle beim grenzüberschreitenden Formwechsel	214
1. Bestimmtheitsproblematik des europäischen	

Missbrauchsbegriffs	215
2. Missbrauchsprüfung nach Art. 86m Abs. 8 GesR-ERL.....	217
3. Missbrauchsprüfung nach § 343 Abs. 3 UmwG.....	220
III. Bewertung	222
IV. Fazit	224
I. Fortdauer und Begrenzung persönlicher Haftung.....	226
I. Fortdauer und Begrenzung nach § 224 Abs. 1 UmwG.....	227
II. Weitergehende Einschränkung der persönlichen Haftung als interessengerechte Lösung?	228
1. Vereinbarkeit einer Widerspruchslösung mit deutschem Recht	230
2. Interessengerechte Lösung?.....	232
III. Fazit und Perspektive.....	234
J. Perpetuierung des Gerichtsstandes und Sitzfiktion	235
I. Sitzfiktion nach Art. 8 Abs. 16 SE-VO	236
II. Perpetuatio fori nach Art. 86j Abs. 4 GesR-ERL und § 341 Abs. 2 UmwG	237
III. Bewertung	239
1. Frage nach der grundsätzlichen Notwendigkeit	239
a) Geringer praktischer Anwendungsbereich	240
b) Doppelung des Gläubigerschutzes?	240
c) Interessenabwägung	241
d) Zwischenergebnis zur grundsätzlichen Notwendigkeit	244
2. Verhältnis zu ausschließlichen Gerichtsständen.....	244

a) Verhältnis zu ausschließlichen Gerichtsständen der EuGVVO	245
b) Kein Vorrang vor ausschließlichen Gerichtsstandsvereinbarungen.....	246
b) Konsequenzen für die Auslegung von Art. 86j Abs. 4 GesR-ERL und § 341 Abs. 2 UmwG.....	248
3. Zeitliche Begrenzung	249
IV. Fazit	250
K. Weitere denkbare Schutzinstrumente	251
I. Widerspruchsrecht der Gläubiger	251
II. Fälligestellung von Verbindlichkeiten	254
III. Fazit.....	255
L. Gesamtfazit zum Gläubigerschutz	255
KAPITEL 4 ENDERGEBNIS UND AUSBLICK	259
A. Zusammenfassung der zentralen Thesen	259
B. Ausblick	262
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	263
LITERATURVERZEICHNIS	270